

Nr. 1 | 28.01.2010

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

in unregelmäßiger Reihenfolge werde ich Ihnen in Zukunft aus Berlin berichten. Eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre und Monate wird es sein, die Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen wieder zu verbessern. Dabei gilt es, den Standort Deutschland wirtschafts- und finanzpolitisch zu festigen und gleichzeitig das soziale Netz tragfähig zu gestalten. Die Bundesregierung hat deshalb bereits zu Beginn der Legislaturperiode die dafür erforderlichen Weichen gestellt und noch im Dezember das Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedet. Heute möchte ich Sie über das neue Afghanistan-Konzept informieren und Ihnen den Jahreswirtschaftsbericht des Bundesregierung vorstellen. Beide waren Gegenstand der Debatten im Deutschen Bundestag in dieser Woche. Zuvor möchte ich Ihnen im heutigen "Bericht aus Berlin" Organisation und Arbeitsweise der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorstellen.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

- 1. Die CDU/CSU Bundestagsfraktion
- 2. Die Afghanistan-Strategie der Bundesregierung
- 3. Jahreswirtschaftsbericht
- 4. Parlamentarische Anfragen zu Mannheim und der Region





1. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wenn über die Arbeit der Schwesterparteien CDU und CSU in Berlin berichtet wird, stehen in der Regel die Aktionen der Bundesregierung und der Bundesministerien im Vordergrund. Leider kommt dabei die Berichterstattung über die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu kurz. Dabei ist aber gerade die Arbeit der Fraktion von besonderer Bedeutung, da sich in ihr die Meinungs- und Willensbildung der Union in der Bundespolitik vollzieht. Außerdem gewährleistet nur sie der Regierung Angela Merkel die notwendige Mehrheit im Parlament.

Wie arbeitet die Fraktion?

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, also der Zusammenschluss aller Abgeordneten von CDU und CSU im Bundestag, hat einen Vorstand, der aus einem Vorsitzenden, zehn stellvertretenden Vorsitzenden und den parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern zusammengesetzt ist. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist Volker Kauder aus Baden-Württemberg. Die inhaltliche Arbeit und die Vorbereitung der Beschlüsse der Fraktionen vollziehen sich in insgesamt 22 Arbeitsgruppen. Jeder Abgeordnete ist in einer oder mehreren dieser Arbeitsgruppen tätig. Korrespondierend zu den verschiedenen Bundesministerien gibt es beispielsweise eine Arbeitsgruppe "Verteidigung" oder eine Arbeitsgruppe "Auswärtiges" oder eine Arbeitsgruppe "Europa". Darüber hinaus gibt es spezielle Interessengruppen wie beispielsweise die Gruppe der Frauen, die Arbeitnehmergruppe, die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler und schließlich auch die Junge Gruppe, in der sich die jüngeren Unionsabgeordneten zusammengeschlossen haben.

Was leistet die Fraktion?

Bisher hat es die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Koalition mit der FDP vermocht, dank großer Geschlossenheit und Disziplin alle parlamentarischen Auseinandersetzungen, Abstimmungen und Wahlen zu gewinnen. Dies ist wichtig, um die Stabilität der Regierung unter Führung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu gewährleisten. Bei den vielen großen und häufig strittigen Themen, welche die politische Debatte beherrschen, ist es nicht immer einfach, die Willensbildung einer Fraktion von 239 Abgeordneten zu steuern und zu einem einheitlichen Meinungsbild zusammenzufassen. Unserem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder ist dies bisher gut gelungen, und ich bin überzeugt davon, dass ihm dies auch künftig gut gelingt. Volker Kauder hat bereits während der Großen Koalition die Fraktion erfolgreich geführt.



2. Die Afghanistan-Strategie der Bunderegierung

Nach Abstimmung mit den zuständigen Ressorts – Auswärtiges Amt, Verteidigungsministerium und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – hat die Bundesregierung eine neue Strategie für Afghanistan erarbeitet. Dieses neue Konzept wurde von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in einer Regierungserklärung vorgestellt. Danach werden vor allem der zivile Wiederaufbau des Landes sowie die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte forciert. Bereits ab März soll mit der Umsetzung des Konzepts begonnen werden, die bis zum Sommer abgeschlossen sein soll.

Kernpunkte sind:

- Verstärkung der Bundeswehr um 850 auf 5350 Soldaten, wobei 350 als "flexible Reserve", etwa zur Beobachtung von Wahlen, bereitgehalten werden sollen
- Umschichtung zu deutlich mehr Ausbildern: statt derzeit 280 künftig 1400 Soldaten als Ausbilder der Afghanen
- Auflösung der Schnellen Eingreiftruppe
- Erhöhung der Polizeiausbilder von 123 auf 200
- Aufstockung der zivilen Hilfsgelder für den Wiederaufbau von € 220 Millionen auf € 430 Millionen
- € 50 Millionen zur Förderung eines von der afghanischen Regierung geplanten Aussteigerprogramms für aufständische Kämpfer
- Erhöhung der Zahl afghanischer Polizisten von derzeit 90.000 auf 134.000
- Beginn des Rückzugs der Bundeswehr aus Afghanistan im Jahr 2011

Neu ist, dass eine Abzugsperspektive vorgesehen ist. Afghanistan soll selbst mehr Verantwortung übernehmen und an die Stelle internationaler Truppen treten, um die Voraussetzungen für einen Abzug auf breiter Front zu schaffen.

3. Jahreswirtschaftsbericht

"Mit neuer Kraft die Zukunft gestalten". Das ist der Titel des Jahreswirtschaftsberichts 2010, den die Bundesregierung in dieser Woche vorgestellt hat. Er bietet eine schonungslose Analyse der wirtschaftlichen Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, zeigt aber auch die bisher getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen auf, um der Krise wirksam zu begegnen. Eine erste Maßnahme der neuen Bundesregierung war das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das kurz vor Jahresende 2009 beschlossen wurde. Es entlastet

- Familien um jährlich € 4,6 Milliarden
- Unternehmen um € 3,3 Milliarden pro Jahr und
- senkt die Erbschaftssteuer um jährlich € 420 Millionen



Bei der Debatte im Deutschen Bundestag verwies unser wirtschaftspolitischer Sprecher, Dr. Joachim Pfeiffer, darauf, dass Deutschland besser durch die Krise gekommen ist als ursprünglich erwartet. So ist

- das Wirtschaftswachstum um 5% statt um 6% zurückgegangen
- die Arbeitslosigkeit nicht auf die erwarteten 5 Millionen gestiegen, sondern bei 3,4 Millionen im Jahresdurchschnitt geblieben.

Der Jahreswirtschaftsbericht stellt eindeutig heraus, dass

- die Wirtschaft kurzfristig stabilisiert werden muss, um einem massiven Arbeitsplatzabbau und Unternehmenssterben vorzubeugen
- die Wachstumschancen mittelfristig erweitert werden müssen
- langfristig eine strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erfolgen muss.

Dies sind auch die Ziele, die von der Bundesregierung verfolgt werden und durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden sollen.

4. Parlamentarische Anfragen zu Mannheim und der Region

Bahnlärmsanierung in Mannheim geplant

Auf meine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung hin, in welchen Stadtteilen Mannheims innerhalb der nächsten fünf Jahre vom Bund bzw. der Deutschen Bahn Maßnahmen zur Bahnlärmsanierung finanziell unterstützt werden, antwortete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann MdB, dass für mehrere Ortsdurchfahrten in Mannheim schalltechnische Gutachten erstellt worden seien. Die ersten Abstimmungsgespräche zwischen der DB ProjektBau GmbH und dem Eisenbahn-Bundesamt bezüglich der Förderfähigkeit der geplanten Lärmsanierungsmaßnahmen seien inzwischen durchgeführt worden.

Wie mir Staatssekretär Ferleman weiter mitteilte, werden nach der Auswertung der schalltechnischen Untersuchungen innerhalb der nächsten fünf Jahre Lärmsanierungsmaßnahmen realisiert. Dabei wird es aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen in Neuhermsheim, Käfertal, Neckarau und Rheinau sowie passive Lärmschutzmaßnahmen in der Neckarstadt, auf dem Waldhof, auf der Hochstätt und im Bereich des Hauptbahnhofs geben.

Für die Ortsdurchfahrt Alteichwald sind, wie mir Ferlemann mitteilte, noch weitere Abstimmungen mit dem Eisenbahn-Bundesamt bezüglich der Förderfähigkeit der Lärmsanierungsmaßnahmen notwendig. Die Reihenfolge und der Realisierungszeitpunkt der Lärmsanierungsmaßnahmen könnten



zur Zeit aber nicht festgelegt werden. Die DB ProjektBau bereite derzeit die Unterlagen für die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens vor.

Bundesregierung dementiert Medienberichte über Streichung der ICE-Trasse

In den Medien verbreitete Berichte, wonach die ICE-Neubaustrecke Rhein/Main – Rhein/Neckar finanziell nicht abgesichert und somit bis zum Jahr 2025 nicht realisierbar sei, können von der Bundesregierung "nicht nachvollzogen werden." Dies teilte mir der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann MdB, mit. Der Staatssekretär reagierte damit auf meine parlamentarische Anfrage. Wie er mir mitteilte, halte die Bundesregierung an der Bedeutung der ICE-Neubaustrecke Rhein/Main – Rhein/Neckar unverändert fest. Im Hinblick auf die Trassierung gebe es derzeit noch einige offene Fragen. Die DB Netz AG sei mit den Beteiligten im Gespräch. Nach Abschluss der Gespräche und Vorliegen der Ergebnisse der Abstimmungsprozesse könne über die weiteren Schritte bei der Umsetzung des Vorhabens entschieden werden.

Noch keine Entscheidung über Coleman-Flugplatz

Auf meine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung, ob ihr Informationen über eine Schließung des Coleman-Flugplatzes in Mannheim-Sandhofen vorliegen, antwortete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Steffen Kampeter MdB. Er teilte mit, daß es nach aktueller Auskunft der US-Streitkräfte Überlegungen gibt, den Standort Mannheim aufzugeben. Das US-Verteidigungsministerium habe bis heute noch keine abschließende Entscheidung über eine tatsächliche Aufgabe der Liegenschaften in Mannheim, insbesondere der Coleman Barracks und des dort befindlichen Flugplatzes, getroffen.

> Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB Platz der Republik 1, 11011 Berlin Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: <u>egon.juettner@bundestag.de</u>